



März 2010

Strategische Themen der internationalen Politik und Globalisierung

- **UN-Studie: 2,2 Billionen Dollar Umweltschäden durch Konzerne** Seite 1
- **EU braucht dringend eine „grüne Diplomatie“** Seite 2
- **Höhere internationale Wasserpreise sinnvoll, aber noch unrealistisch** Seite 3
- **„Charter Cities“: Leuchtturmprojekte gegen die Armut** Seite 3
- **Wettbewerbsfähigkeit sektoral denken: Dienstleistungen mit Potential** Seite 4
- **Neue militärische Spielregeln im Krieg gegen Terrornetzwerke** Seite 5
- **Terrorbekämpfung: neue U.S. Information Agency notwendig** Seite 6
- **Die Gefahren der nuklearen Renaissance** Seite 7
- **Die NATO und ihre aktuellen „Baustellen“** Seite 7

UN-Studie: 2,2 Billionen Dollar Umweltschäden durch Konzerne

Juliette Jowit, World's top firms cause \$2.2tn of environmental damage, report estimates, *The Guardian*, Februar 2010

Eine noch nicht veröffentlichte UN-Studie wird bald Erschreckendes ans Tageslicht bringen: Die 3.000 weltgrößten Konzerne haben im Jahr 2008 Umweltschäden in Höhe von insgesamt 2,2 Billionen US-Dollar verursacht. Mehr als die Hälfte dieser Kosten entfällt auf den Klimawandel, der durch Treibhausgase verursacht wird. Ein weiterer großer Kostentreiber ist die Verschmutzung des Trinkwassers und der Luft durch Feinstaub. Müsstest die Unternehmen für diese Schäden auch finanziell aufkommen, würde dies teuer werden – ihr Profit würde um etwa ein Drittel geringer ausfallen.

Negative Effekte dieser Größenordnung sind gerade jetzt ein Risiko für die Weltwirtschaft, da sie Investoren abschrecken. Entscheidungsträger in Wirtschaft und Politik müssen nun schnell handeln, was nicht einfach ist: Einerseits argumentieren zahlreiche Konzerne, dass sie sich ihrer Verantwortung bewusst sind und die Unternehmen selbst nach Wegen suchen sollten, um umweltfreundliche und kostengünstige Alternativen zu aktuellen Produktionsweisen zu finden. Andererseits sind viele Klimaexperten der Meinung, dass die Politik auf Grund der prekären Lage nicht länger abwarten darf. Wirtschaft und Politik müssen sich gemeinsam und in ihrem eigenen Interesse dafür stark machen, das System schnellstmöglich zu

Mit den *Global Must Reads* will die Atlantische Initiative einen Beitrag zur Stärkung der außenpolitischen Kultur in Deutschland leisten. Unser Service bietet einen Überblick über besonders wichtige Studien und Analysen zur internationalen Politik. Bereits 22.000 Leser, darunter viele Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft, nutzen unseren Service. Die *Global Must Reads* erscheinen auf Deutsch und in einer internationalen Ausgabe auf Englisch.

Als gemeinnütziger Verein bieten wir diesen Service für unsere Leser kostenfrei an. Wir sind allerdings auf finanzielle Unterstützung angewiesen und für jede Zuwendung dankbar. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Atlantische Initiative e. V.

Wilhelmstraße 67
10117 Berlin
Germany

Tel: +49.30.206 337 88
Fax: +49.30.246 303 633

www.atlantische-initiative.org
info@atlantische-initiative.org

Vorstand

Dr. Johannes Bohnen
Jan-Friedrich Kallmorgen

Beirat

Dr. Rudolf Adam
Dr. Ronald D. Asmus
Prof. Dr. Arnulf Baring
Dr. Christoph Bertram
Carl-Eduard von Bismarck
Dr. Philip v. Boehm-Bezing
Dr. Mark Brzezinski
Jürgen Chrobog
Thomas L. Farmer
Dr. Klaus-Dieter Frankenberger
Dr. Jeffrey Gedmin
Prof. Dr. Helga Haftendorn
Dr. John C. Hulsman
Dr. Michael J. Inacker
Dr. Jackson Janes
Marvin Kalb
Dr. Walther Leisler Kiep
Eckart von Klaeden
Hans-Ulrich Klose
John Kornblum
Dr. Charles Kupchan
Alexander Graf Lambsdorff
Prof. Dr. Kurt J. Lauk
Dr. Beate Lindemann
Heike MacKerron
Dr. Norbert Otten
Cem Özdemir
Ruprecht Polenz
Avi Primor
Andrew Rasiej
Prof. Dr. E. Sandschneider
Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik
Karsten D. Voigt
Lord Wallace

Bankverbindung

Atlantische Initiative e. V.
Bankhaus Löbbecke AG
Bankleitzahl: 100 30 500
Kontonummer: 12 57 95 00

Registergericht

Amtsgericht Berlin Charlottenburg
Registernummer: VR 23583Nz

Steuernummer: 27/660/59701
USt-IdNr.: DE 252416799

reparieren. Denn je länger natürliche Ressourcen verschwendet werden, desto größer werden letztendlich nicht nur die Kosten für die Wirtschaft, sondern auch die Probleme für die Politik. Ein möglicher Lösungsansatz, der momentan diskutiert wird, schlägt vor, die globale Umweltverschmutzung ähnlich wie beim Emissionshandel mit einem Marktpreis zu belegen, um so den Verursachern von Umweltverschmutzung ihre Verantwortung der Umwelt gegenüber zu verdeutlichen.

Die globale Wirtschaft ist einem großen Risiko ausgesetzt: Die Märkte sind sich der Problemlage nicht vollständig bewusst und haben dementsprechend noch keine Handlungsmuster entwickelt, um ihr zu begegnen. Insgesamt gesehen ist die Lage desolat – besonders, weil die Rechnung der UN einige Posten noch gar nicht berücksichtigt: Nicht eingerechnet sind die Schäden, die durch privaten und öffentlichen Konsum entstanden sind. Langfristige Schäden abseits vom Klimawandel, verursacht durch Faktoren wie Giftmüll oder soziale und gesellschaftliche Auswirkungen, wurden ebenfalls nicht quantifiziert. [Mehr...](#)

EU braucht dringend eine „grüne Diplomatie“

Martin Kremer und Sascha Müller-Kraenner, *Europe's Green Diplomacy: Global Climate Governance is a Test Case for Europe*, *Internationale Politik Global Edition*, Februar 2010

Die EU braucht dringend eine „grüne Diplomatie“, damit sie nach den gescheiterten Klimaverhandlungen in Kopenhagen durch die Herausforderungen, die der Klimawandel für strategische Machtverhältnisse weltweit darstellt, nicht in eine Nebenrolle abgedrängt wird. Daher sollte der neue Europäische Auswärtige Dienst der EU dazu genutzt werden, Klimafragen auf die gleiche Bedeutungsebene wie Terrorbekämpfung und Konfliktprävention zu stellen. Zudem sollte der neue Dienst diplomatisch zwischen Entwicklungs- und Industrieländern vermitteln.

Die unbefriedigenden Ergebnisse des Klimagipfels in Kopenhagen zwingen die EU, ihre multilaterale Strategie bei globalen umweltpolitischen Verhandlungen zu überdenken, um mit den USA und der BASIC-Gruppe (zu der China, Indien, Brasilien und Süd-Afrika gehören) auf Augenhöhe zu bleiben. Denn wie der Gipfel gezeigt hat, reicht die europäische Vorbildfunktion in der Klimapolitik nicht aus, um die Führung in globalen Klimaverhandlungen zu übernehmen. Europa musste schmerzhaft feststellen, dass es in der Klimapolitik schon lange nicht mehr nur um Umweltschutz, sondern auch um globale Sicherheit, um Partnerschaften mit anderen Nationen wie den USA, Russland, China und Indien sowie um Europas Stellung im weltweiten Machtgefüge geht. Um den Herausforderungen gerecht zu werden und um sich in der globalen Arena behaupten zu können, benötigt Europa eine ganzheitliche, praktische Strategie für seine „grüne Diplomatie“. Dazu bedarf es folgender Schritte: Zuerst sollte das neue diplomatische Korps der EU eine spezielle Einheit für Klimadiplomatie unter dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitsfragen einrichten. Zudem sollten Mitarbeiter nationaler Klima- und Umweltministerien auf Rotationsbasis in das diplomatische Korps integriert werden. Bei der Personalbesetzung sollte gezielt auf Kompetenzen in den Bereichen Umweltpolitik und Klimawandel geachtet und entsprechend geschultes Personal in die 130 internationalen Missionen der EU integriert werden. Desweiteren ist es wichtig, analytische Studien, Warnsysteme und Krisenmanagement-Ansätze weiter auszubauen.

Nach Kopenhagen wird deutlich, dass die EU dringend eine effektivere „grüne Diplomatie“ entwickeln muss, da China nicht bereit ist, die Klimaverhandlungen anzuleiten und die USA dazu nicht in der Lage sind. Die EU sollte „Koalitionen der Willigen“ formen, auch wenn diese auf bilateraler oder sogar regionaler Ebene vollzogen werden müssen. Zudem sollte sie ihre umweltpolitische Aufmerksamkeit nicht nur auf Nationen wie China und Indien richten, sondern auch die Relevanz kleiner und mittelgroßer Staaten wie Thailand, den Philippinen, Peru und Ecuador verstärkt beachten. Bottom-Up-Initiativen sind gefragt: Zum einen könnte die EU internationale Partnerschaften fördern, die regionale Märkte miteinander verbinden. Zum anderen könnte sie versuchen, Russland und andere aufstrebende Wirtschaften zu umweltverantwortlichen Entwicklungen zu drängen. Als weltweit größte Wirtschaftskraft muss die EU bei ihrer Klimapolitik umdenken und die Neuerungen schnellstmöglich in ihre strategischen diplomatischen Verhandlungen integrieren – sonst könnte sie schnell zum globalen Außenseiter werden. [Mehr...](#)

Höhere internationale Wasserpreise sinnvoll, aber noch unrealistisch

Weltwassermärkte: Hoher Investitionsbedarf trifft auf institutionelle Risiken, *Deutsche Bank Research*, Februar 2010

Wachsende Wasserknappheit einerseits und mangelnde wirtschaftliche Anreize in der globalen Wasserwirtschaft haben zu einem jährlichen Investitionsbedarf von 400 bis 500 Mrd. Euro geführt. Die Wasserbranche ist von Unterinvestitionen gekennzeichnet, denn oft werden Wasserpreise trotz Wasserknappheit subventioniert und sind viel zu niedrig. Vor allem nicht in der Landwirtschaft spiegeln sie nicht einmal annäherungsweise den realen Preis der immer knapper werdenden Ressource wider. Doch eine Erhöhung der Wasserpreise hätte enorme soziale Auswirkungen – der Spielraum für Preissteigerungen ist daher begrenzt.

Rein rechnerisch ist genug Wasser auf der Erde vorhanden, um alle Menschen ausreichend zu versorgen. Doch die Niederschläge sind saisonal und regional unterschiedlich verteilt, was zu Wasserknappheit oder sogar Wassermangel führen kann. Hinzu kommt, dass Wasser als Ressource für alle Lebewesen der Erde überlebenswichtig und generell nicht substituierbar ist – ein entscheidender Unterschied zu anderen Wirtschaftsgütern. Etwa 70% des globalen Wasserverbrauchs entfallen auf die Landwirtschaft, 20% auf die Industrie und den Energiesektor. Die privaten Haushalte verbrauchen nur 10%, hauptsächlich für Körperpflege, Toilettenspülung und Wäschewaschen. Wasser wird nicht nachhaltig genutzt, obwohl die Nachfrage nach Trinkwasser auch aufgrund der Bevölkerungsentwicklung momentan schneller als in den vergangenen 50 Jahren zunimmt. Auch für Unternehmen wird Wasser immer mehr zu einem Faktor, der ihre Entwicklung und ihr Profit entscheidend beeinflusst. Viele Branchen sind von Wasser abhängig: die Landwirtschaft, die Energiewirtschaft, der Bergbau, die Chemie- und Pharmabranche, die Papier- und Zellstoffindustrie, das Textil- und Bekleidungs-gewerbe, die Halbleiterindustrie und die Tourismusbranche. In Zukunft werden daher der Standortfaktor „Wasserverfügbarkeit“ und Technologien zur Wasseraufbereitung an Relevanz gewinnen. Das Problem der Wasserversorgung kann auch zu politischen Konflikten führen. In den meisten Ländern unterliegt die Wasserwirtschaft dem Einfluss des Staates. Doch der von der Politik festgesetzte Wasserpreis könnte zum Problem werden, da er Angebot und Nachfrage nicht widerspiegelt und auf Grund von sozialen Aspekten gerade in ärmeren Ländern nicht kostendeckend ist. In reicheren Ländern wiederum führt der niedrige Preis zu Verschwendung.

Aus der Problemlage ergeben sich mehrere wirtschaftliche Herausforderungen: In der Landwirtschaft muss es höhere Wasserpreise und effizientere Bewässerungstechnologien geben. Wasserarme Regionen sollten auf Erzeugnisse mit geringem Wasserbedarf umstellen, Gen- und Biotechnologien nicht länger verteuert werden. Auch der Handel muss angepasst werden: Länder, die ihre Agrarprodukte nur mit hohem Wasserverbrauch herstellen, sollten diese besser importieren. Zudem müssen Städte ihre Infrastrukturen durch Modernisierungen und strengere Wartung verbessern. In vielen Ländern sollten außerdem die Wasserpreise erhöht werden. Diese Anpassungskosten könnten auch über internationale Klimafonds finanziert werden. Letztendlich müssen staatliche und private Unternehmen in Form von öffentlich-privaten Partnerschaften enger zusammenarbeiten, um den Herausforderung zu begegnen. [Mehr...](#)

„Charter Cities“: Leuchtturmprojekte gegen die Armut

Paul Romer, Technologies, Rules, and Progress: The Case for Charter Cities, *Center for Global Development*, 03.03.2010

Im 21. Jahrhundert werden es nicht Ressourcenknappheit oder mangelnder technologischer Fortschritt sein, die der Armutsbekämpfung weltweit im Wege stehen. Vielmehr fehlt es an der Fähigkeit der Regierenden, innovative Ideen zur Regelung sozialer Interaktionen zu entwickeln und umzusetzen. Für die Entwicklungspolitik bedeutet dies, dass neue Wege gefunden werden müssen, um bewährte Regeln schnell auf Entwicklungsländer zu übertragen. Die Errichtung von sogenannten „Charter Cities“, deren Vorbildcharakter auf andere Städte abstrahlt, sollte zu einem neuen Instrument der Entwicklungspolitik werden, um die Armut gezielt zu bekämpfen.

China macht diesen neuen Entwicklungsansatz bereits beispielhaft vor, bedingt durch einen historischen Zufall. Durch die langjährige britische Verwaltung Hongkongs herrschten dort andere Regeln als im übrigen China. Diese wurden nach der Übernahme durch Peking größtenteils belassen und auch auf die neu entstehende, nahegelegene Großstadt Shenzhen übertragen. Dort wurde ein neues Metasystem geschaffen, das auf Grund seiner freien marktwirtschaftlichen Prinzipien bald ausländische Investoren und neue Technologien anlockte. Schon bald wurde aus Shenzhen eine blühende Metropole mit 15 Mio. Einwohnern. Für Einwohner und Investoren entstand innerhalb eines größeren politischen Gebildes (Chinas) die Möglichkeit, sich in ein lokales Metasystem (der speziellen Wirtschaftszone) freiwillig „einzuklinken“. Damit kam schnell ein lokales Regelwerk zustande, das die in Hongkong erprobten Bestimmungen umsetzte, rasantes Wirtschaftswachstum ermöglichte und die Armut vor Ort effektiv bekämpfte. Obwohl die Stadtväter weiterhin der chinesischen Regierung gegenüber verantwortlich waren, setzten sie Regeln durch, die sich von denen des restlichen Chinas stark unterschieden. Dies war der Schlüssel zum erstaunlichen wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt.

Ein wahrer Durchbruch in der Armutsbekämpfung kann somit schnell und relativ einfach erzielt werden, wenn man weltweit neu entstehenden „Charter Cities“ ähnlich wie Shenzhen erlauben würde, innovative juristische und politische Regeln weitgehend selbstständig umzusetzen. Diese neuen Regeln würden viele Gebiete der sozialen und ökonomischen Beziehungen betreffen, von Landrechten über Patentrechte bis hin zu sozialen Normen in der Stadt. In vielen Entwicklungsländern wäre es möglich, Küstenstädte nach dem Vorbild Shenzhens entstehen zu lassen. Innerhalb spezieller Wirtschaftszonen wäre die Einführung neuer Regeln auch weitaus leichter durchzuführen als auf nationaler Ebene, wo schwierige politische Prozesse Umstellungen verzögern oder gar verhindern können. Diese neuen „Charter Cities“ könnten somit als Laboratorien fungieren, wo Veränderungen erst einmal erprobt werden, bevor sie später auch auf nationaler Ebene übernommen werden. Die flexible Anpassung von Regeln an neue technische und soziale Gegebenheiten kann das lokale Wirtschaftswachstum enorm ankurbeln. Somit kann die Armutsbekämpfung zuerst innerhalb der speziellen Wirtschaftszonen und dann landesweit in den Entwicklungsländern schneller vorangebracht werden. [Mehr...](#)

Wettbewerbsfähigkeit sektoral denken: Dienstleistungen mit Potential

How to Compete and Grow: A Sector Guide to Policy, *McKinsey Report*, März 2010

Wenn Regierungen in Zukunft Wachstum fördern wollen, sollten sie eines beachten: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit muss nach Sektoren getrennt betrachtet werden. Zudem dürfen wirtschaftliche Entscheidungsträger politische Entscheidungen nicht länger passiv entgegennehmen, sondern sollten ihre Anliegen direkt in den politischen Prozess einbringen. Denn entgegen politischer Annahmen zeigt sich, dass nicht innovative Technologien, sondern Dienstleistungsunternehmen das größte Potential für Wachstum aufweisen. Hoffnungsträger sind vor allem große örtliche Betriebe und haushaltsnahe Dienstleistungsunternehmen. Aus diesen Erkenntnissen ergeben sich nach Sektoren getrennt Empfehlungen für politische Entscheidungsträger, um Arbeitsplätze zu schaffen und Wachstum zu fördern:

- In der Telekommunikation sollte zum Beispiel abgewogen werden, ob ein oder mehrere Anbieter für die Branche und den Verbraucher von Nutzen sind. Hier kann es nicht alleine darum gehen, den Branchenzweig zu stärken oder zu vergrößern, sondern auch die Qualität der Kommunikations-Infrastruktur zu verbessern.
- Im Einzelhandel hingegen wird Wachstum meist durch das Ablösen erfolgloser durch erfolgreichere Firmen generiert. Dieser Wettbewerb ist eine konstante Größe, die Innovation und Produktivität fördert und die vom Verbraucher anerkannt wird. Durch Innovation wird neue Nachfrage kreiert, die wiederum zu neuer Produktivität anregt. Diese wächst auch durch politische Regulierungen, die modernere Einzelhandel-Formate fördern. In Schweden stieg die Produktivität durchschnittlich um 4,6% pro Jahr, nachdem 1995 Öffnungszeiten und Bebauungsvorschriften liberalisiert wurden.
- In der Software- und IT-Branche kommt es hingegen auf gut ausgebildetes und global bezahlbares Fachpersonal an: Spitzenreiter in diesem Bereich sind Indien, Irland und Israel.

- In der Fahrzeugindustrie hängt die Wirtschaftlichkeit des Sektors von der lokalen Infrastruktur ab. Handelsabkommen und lokale Subventionen haben Expansionen in dieser Branche weltweit angeregt. Doch auch wenn Handelsschutzmaßnahmen lokale Industriezweige fördern, verringern sie auf Dauer doch Wachstum und Produktivität.
- Auch in der Stahlindustrie sind politische Regulierungen nicht länger von Nutzen. Während die Europäische Gemeinschaft in den 1970ern und 80ern noch vergeblich versuchte, die Stahlindustrie zu schützen, bot die EU in den 1990ern von vornherein keine Hilfe mehr an und restrukturierte den Bereich, indem sie mehr als einer halben Millionen Arbeiter dazu verhalf, neue Jobs in anderen Bereichen zu finden.

Insgesamt muss der Politik klar werden, dass einzelne Industriezweige getrennt betrachtet werden sollten. Dynamisches Wachstum wird meist durch einen erfolgreichen Dienstleistungssektor erzielt. In einkommensstarken Ländern sorgte er für das gesamte Nettowachstum zwischen 1995 und 2005. Zudem muss die Politik einsehen, dass sie den Bereich nicht-handelbarer Güter direkt beeinflussen kann, da er lokal verankert ist. Dies steht im Gegensatz zum Im- und Export, wo sich politische Entscheidungen auf globaler Ebene stark restriktiv und wachstumshemmend auswirken können. Neuen, innovativen Industriezweigen (Beispiel Cleantech) darf bei politischen Entscheidungen nicht zu viel Aufmerksamkeit zukommen, da ihr Beitrag zum BIP noch relativ gering ist (im Bereich der Halbleiterindustrie liegt er selbst in entwickelten Wirtschaften bei nur 0,5% oder weniger). Alternativ sollten eher Low-Tech-Varianten verwirklicht werden, zum Beispiel durch die Implementierung besserer Hausisolationen und Klimaanlage. [Mehr...](#)

Neue militärische Spielregeln im Krieg gegen Terrornetzwerke

John Arquilla, *The New Rules of War*, *Foreign Policy*, März/April 2010

Die Kriege von heute werden nicht mit Truppenaufstockungen, sondern nur mit einer völlig anderen Art der Kriegsführung gewonnen. Denn die Spielregeln haben sich grundlegend geändert. Wie zahlreiche Armeen in der Vergangenheit gerät auch das US-Militär – und ebenso die Militärs anderer westlicher Nationen – zunehmend in Gefahr, den Anschluss an diese Entwicklung zu verpassen. Damit dies nicht geschieht, sollten die westlichen Militärs dringend umdenken und den organisatorischen Aufbau ihrer Streitkräfte an die neuen Spielregeln anpassen.

Bereits im ersten großen Krieg zwischen Nationen und Terrornetzwerken – dem Konflikt in Afghanistan – gerät der Westen zunehmend in die Defensive. Denn seine Armeen agieren als feste, hierarchische Strukturen, die heute noch Krieg führt wie eh und je. Gegenüber schwer zu lokalisierenden und agilen Netzwerken von Terrororganisationen, die nur vereinzelt und immer überraschend zuschlagen, sind sie fast machtlos. Täglich gibt das US-Militär 1,75 Mrd. US-Dollar für schweres Kriegsgerät aus, ohne dass sich dies im Feld bezahlt macht. Für die Kriege der Zukunft werden diese Gerätschaften erst recht nutzlos sein. Hier fehlt es völlig an dem Bewusstsein, dass die globale Instabilität in Folge des Kalten Krieges, gepaart mit den Fortschritten in der Informationstechnologie, eine völlig neue Art der Kriegsführung ins Leben gerufen hat: den Krieg der Netzwerke (*netwar*). Der massive Einsatz von militärischer Gewalt hat hier wenig ausrichten können, wie die Kriege im Irak und in Afghanistan beweisen. Allein der Irak-Krieg hat drei Billionen US-Dollar gekostet und das amerikanische Militär stark geschwächt. Doch die Militärs ignorieren weiterhin die Tatsache, dass im Informationszeitalter der Zivilgesellschaft, aber auch ihren erbitterten Gegnern, völlig neue taktische und strategische Möglichkeiten offen stehen. Sonst könnten Terrornetzwerke wie Al-Qaida nicht relativ ungestört in 60 Ländern der Welt operieren. Im Gegensatz zu diesen Netzwerken leiden militärische Streitkräfte darunter, dass ihre internen Strukturen sich vehement gegen Veränderungen sträuben. Natürlich geht es hier auch um die Sicherung von vermeintlich benötigten Finanzmitteln und Interessenssphären.

Wollen die westlichen Militärs mit den Neuerungen der letzten beiden Jahrzehnte mithalten und eine Chance haben, die Kriege von heute zu gewinnen, dann müssen sie sich der Funktionsweise von Netzwerken anpassen. Denn im Zeitalter der Kriege der Netzwerke heißen die Spielregeln: kleiner, klüger, kostengünstiger. Nicht massive Militärausgaben werden über Erfolg oder Misserfolg

entscheiden, sondern der kluge Einsatz kleiner Einheiten. Diese müssen so umstrukturiert werden, dass mehr bewegliche Brigaden gebildet werden. Diese können dann kleinere Einheiten wie militärische Züge (*platoons*) einsetzen, um den Gegner mittels technischer aber auch sozialer Vernetzung aufzuspüren. Die Zusammenarbeit mit freundlich gesinnten Stammesführern bei der Lokalisierung von Aufständischen kann dies wesentlich erleichtern. Denn der Feind von heute muss nicht flankiert, sondern erst einmal gefunden werden. Kennt man seinen Aufenthaltsort, dann können dank der Schwarmtaktik schnell mehrere kleine Einheiten zusammengeführt werden, um ihn unschädlich zu machen. All dies macht die Kriegsführung auch weniger destruktiv als beim Einsatz von massivem Kriegsgerät und großen Truppenverbänden. Vor allem aber ist der simultane Einsatz von vernetzten kleinen Einheiten in Schwärmen wesentlich kostengünstiger, da er beispielsweise eine Reduzierung des US-Militärs auf ein Drittel seiner heutigen Truppenstärke erlauben würde. [Mehr...](#)

Terrorbekämpfung: neue U.S. Information Agency notwendig

Douglas J. Feith et al., Organizing the U.S. Government to Counter Hostile Ideologies, *Hudson Institute*, März 2010

Für den Kampf gegen den Terror hat der Westen bisher noch nicht die richtigen Lehren aus dem Kalten Krieg gezogen. Denn dieser wurde nicht durch militärische Aktionen, sondern an der Informationsfront gewonnen. „Smart power“ und strategische Kommunikation sind zwar in aller Munde, doch die konkrete Umsetzung bleibt unklar. Um das zu ändern, sollte die US-Regierung schnell ihren organisatorischen Aufbau umstrukturieren, um den ideologischen Aspekt der heutigen Kriegsführung wesentlich effektiver zu gestalten.

Momentan besitzt die US-Regierung keine zentrale Instanz für die koordinierte Durchführung von Aufgaben im Bereich der ideologischen Kriegsführung und strategischen Kommunikation. Die Kompetenzen liegen verstreut zwischen dem State Department, dem Pentagon und der CIA, und haben dort keine Priorität. Hier hat sich vor allem die Abschaffung der „U.S. Information Agency“ (USIA) im Jahr 1999 als großer Fehler erwiesen. Man ging davon aus, dass mit dem Ende des Kalten Krieges und der erwarteten Konvergenz hin zum westlichen, kapitalistischen System die Notwendigkeit einer solchen Abteilung hinfällig sei. Jedoch trat schon bald an Stelle des Kommunismus der islamische Fundamentalismus als konkrete, auch ideologische Bedrohung für den Westen. Die Ideologie ist nicht nur ein wichtiger Faktor bei der Rekrutierung von neuen Anhängern für den islamischen Fundamentalismus (besonders bei Al-Qaida), sondern auch seine größte Schwachstelle. Bei der strategischen Kommunikation geht es nicht darum, anti-amerikanischen Ressentiments in der islamischen Welt entgegenzuwirken. Sinn und Zweck liegt vielmehr darin, Muslimen Anreize zu geben, die Vernichtung des Westens und den Terrorismus nicht als unterstützenswerte Ziele zu betrachten. Stattdessen sollen sie diese Konzepte als Auswüchse einer fehlgeleiteten und vom Islam nicht erwünschten extremistischen Ideologie militanter Aufrührer erkennen lernen. Es ist daher wichtig, sowohl muslimische Gelehrte und politische Führer als auch die breite Masse für diese Sichtweise zu gewinnen.

Hierzu müssen Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) den Terrorismus in den ideologischen Zangengriff nehmen. Auf der Seite der US-Regierung könnte ein Deputy National Security-Berater die Koordination von Aufgaben im Bereich der strategischen Kommunikation übernehmen. Das Verteidigungsministerium sollte durch militärische Austauschprogramme und Informationskampagnen eine größere Rolle spielen als bisher. Auch darf nicht vor verdeckten Operationen im Kommunikationsbereich zurückgeschreckt werden. Moderate Muslime brauchen eine so tatkräftige Förderung, wie einst linke Anti-Kommunisten. Das wichtigste Element einer jeden Strategie bleibt es jedoch, die USIA wiederzubeleben. Im Idealfall wird die neue USIA als separate Organisation ins Leben gerufen und nicht dem State Department untergeordnet. Gleichzeitig ist es sinnvoll, eine neue eigenständige internationale NGO zu schaffen, um für moderates Gedankengut in islamischen Gesellschaften zu werben. Damit der Dialog innerhalb der islamischen Welt auch fruchtet, sollte diese neue NGO eng mit dort ansässigen Universitäten, Stiftungen und Think-Tanks zusammenarbeiten. [Mehr...](#)

Die Gefahren der nuklearen Renaissance

Trevor Findlay et al., The Future of Nuclear Energy to 2030 and its Implications for Safety, Security, and Nonproliferation, *Center for International Governance Innovation*, 03.02.2010

Die neue US-amerikanische [Nukleardoktrin](#) hat die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit wieder auf das Atomwaffenproblem gelenkt. Doch angesichts der hektischen Suche nach emissionsarmen Energiequellen bestehen in Bezug auf die Atomkraft auch andere, weniger bekannte Gefahren. Denn die nukleare Energie hat trotz Tschernobyl wieder an Popularität gewonnen. Bis 2030 jedoch wird sie gegenüber Kohlekraftwerken wirtschaftlich das Nachsehen haben. Es ist nicht zu erwarten, dass weltweit ausreichend hohe Steuern auf den CO₂-Ausstoß eingeführt werden, die den Preisvorteil der Kohle ausgleichen. Doch selbst ein geringer Anstieg der Nutzung von Atomkraft, wie er bis 2030 stattfinden wird, bedeutet eine enorme Bedrohung der internationalen Sicherheit. Daher muss schnellstens das internationale System zur Kontrolle und Regulierung der Atomkraft gestärkt werden.

Weltweit wird die Ausbreitung der Atomkraft durch hohe Erstinvestitionskosten, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und damit verbundenen akuten Personalengpässen eingeschränkt. Gleichzeitig bremsen Imageprobleme die Atomenergiewirtschaft aus: Die sichere Entsorgung radioaktiven Materials ist teuer und Endlager sind zumeist politisch umstritten. Auch wächst mit der Verbreitung der Nuklearenergie das Risiko durch Unfälle und Terrorismus. Mehr Atommeiler bieten auch mehr Angriffsziele für terroristische Anschläge und erhöhen die Gefahr, dass Terroristen Zugang zu nuklearem Material erhalten und „dreckige Bomben“ bauen. Es gibt zu denken, dass die meisten der insgesamt 33 Länder, die seit 2000 offiziell ihr Interesse am Reaktorbau bekundet haben, Entwicklungsländer sind. Das ist nicht unproblematisch angesichts der dort mangelnden Erfahrung mit den Technologien und einer fehlenden Sicherheitskultur. Der Betrieb eines Reaktors erfordert eine sichere Infrastruktur – von Straßennetzen über zuverlässige Wasserversorgung bis zu Entsorgungskapazitäten. Auch müssen die Orte, an denen Reaktoren gebaut werden, sicher sein. Dies ist weder politisch noch geologisch immer gewährleistet. Die Philippinen zum Beispiel planen die Fertigstellung eines Reaktors, der in einer seismisch aktiven Zone liegt.

Die bereits existierenden Herausforderungen setzen das globale System zur Überwachung und Regulierung der Atomenergie bereits unter Druck. Das wird sich in Zukunft noch verstärken. Denn einige Staaten mit nuklearen Ambitionen (wie Bahrain, Kenia, Namibia und Venezuela) gehören keinem der verschiedenen internationalen Übereinkünfte an, die das Netzwerk für atomare Sicherheit bilden. Die im Zentrum des Systems stehende Internationale Atomenergieorganisation IAEA braucht dringend eine 50 Mio. US-Dollar Finanzspritze und sollte von zu strengen UN-Personalregelungen ausgenommen werden. Die Kontrolle der Verbreitung von Atomenergie und Waffen durch bestehende Verträge muss rigoros umgesetzt werden. Für künftige Nuklearstaaten ist es auch wichtig zu sehen, dass die älteren Atommächte immer weniger Wert auf kostenintensive und wenig nützliche große Atomwaffenprogramme legen und die Abrüstung ernst nehmen. Im Jahr 2010 bieten sich der Weltgemeinschaft etliche Gelegenheiten, das System zur Überwachung der Atomkraft funktionstüchtiger und zukunftsfähiger zu machen: Das Gipfeltreffen zur nuklearen Sicherheit im April, die Verhandlungen zum Atomwaffensperrvertrag in New York im Mai, und der G-8 Gipfel in Kanada im Juni. Mit Blick auf Nordkorea und den Iran sollten diese Gelegenheiten genutzt werden. [Mehr...](#)

Die NATO und ihre aktuellen „Baustellen“

James M. Goldgeier, The Future of NATO, *Council on Foreign Relations*, 02.03.2010

Die Garantie der territorialen Integrität unter Artikel V des NATO-Vertrages ist für die heutigen Herausforderungen zwar noch immer relevant, aber nicht mehr umfassend genug, um den Bedrohungen des 21. Jahrhunderts effektiv entgegenzuwirken. Artikel V wurde angesichts des beginnenden Kalten Krieges so formuliert, dass ein bewaffneter Angriff auf einen Mitgliedsstaat den Tatbestand eines Angriffes auf alle Bündnispartner beinhaltet.

Sechzig Jahre später ist der Angriff auf das Territorium eines Mitgliedsstaates eher unwahrscheinlich geworden. Heute sind die Bedrohungen diffuser. Von feindlichen Aktivitäten im Cyberraum (Cyberwar) über Terrorismus und die

Verbreitung von Atomwaffen bis hin zu Piraterie sieht sich die NATO vor völlig andersartige Probleme gestellt als noch im vergangenen Jahrhundert. Islamischer Fundamentalismus und der Aufstieg autoritärer Regime stellen weitere neue Herausforderungen dar. Die Gefährdung der Energieversorgung betrifft in erster Linie die wirtschaftlichen Interessen der Gemeinschaft, hat aber trotzdem nicht weniger ernste Konsequenzen für die Sicherheit der Allianz. Ob diese Bedrohungen nun von staatlichen oder nicht-staatlichen Akteuren ausgehen, muss heute für die NATO irrelevant sein. Denn der konkrete Schaden, den die Interessen der Gemeinschaft dadurch erleiden könnten, hängt nicht von dieser Entscheidung ab.

Die größte Gefahr für die NATO besteht allerdings darin, dass die USA ihr Interesse an der Allianz verlieren. Uneinigkeit unter den Mitgliedsstaaten und fehlende strategische Vision können dazu führen, dass die NATO ihre Relevanz für die internationale Sicherheit einbüßt. Heute ist sie noch zentral für die Legitimität vieler amerikanischer Militäroperationen. Damit sie es auch bleibt, muss auf politischer Ebene viel mehr in die Allianz investiert werden, vor allem in die Intensivierung der Beziehungen zwischen NATO und EU. Beispielsweise könnte die Einrichtung eines in Paris ansässigen Euro-Atlantisches Forums Frankreich stärker in die Allianz einbinden. Die sicherheitspolitische Integration der Türkei in die EU sollte vorangetrieben werden, vor allem über die Europäische Verteidigungsagentur. Auch Kooperationsprojekte mit außer-europäischen Partnern sind sinnvoll, wie die beispielhafte Zusammenarbeit mit Australien und Japan gezeigt hat. Die NATO könnte das Verhältnis zu Russland verbessern, um angesichts der Bedrohung durch das Atomwaffenprogramm des Irans eine Kooperation bei der Raketenabwehr zu ermöglichen. Weiterhin sollte die NATO bei der Bekämpfung von nicht-militärischen Bedrohungen vermehrt auf eine Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Organisationen und privaten Großunternehmen setzen. [Mehr...](#)

Interessiert an weiteren Themen?

[Registrieren](#) Sie sich kostenlos bei unserem englischsprachigen Internet Think Tank atlantic-community.org! Lesen Sie Zusammenfassungen der besten weltweiten Pressekommentare zu aktuellen Themen der internationalen Politik und Globalisierung, netzwerken Sie mit politischen Vordenkern in Europa und Nordamerika, und publizieren Sie eigene Meinungsbeiträge und Studien.



ATLANTIC-COMMUNITY.ORG

Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

ATLANTISCHE INITIATIVE



Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)
Verantwortliche Redakteure: Björn Sacknieß/Jade Tänzler
© Atlantische Initiative e.V. – Wilhelmstraße 67 – 10117 Berlin
Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 246 303 633
Email: info@atlantische-initiative.org